

Ahnungslose Frau Nahles

Vielleicht ist es das Beste, Parteitagsreden grundsätzlich zu ignorieren. Zu dürftig ist in aller Regel das Niveau und für feinsinnige Geister gibt es wenig zu genießen.

Diesen Befund hat die neue SPD-Vorsitzende Andrea Nahles einmal mehr bestätigt. Schlimmer noch, ihre Attacken auf die „Internetkonzerne“ offenbaren erschreckende Bildungslücken bei marktwirtschaftlichen Grundkenntnissen.

Frau Nahles behauptete auf ihrem Parteitag am 22. April in Wiesbaden zum Beispiel, die Gewinne der „Internetkonzerne“ würden in die Taschen „weniger Superreicher im Silicon Valley gespült“.

Das wäre vielleicht der Fall, wenn die in der Rede Nahles stehenden Unternehmen nicht an der Börse notiert wären. Aber das Großartige an der Börse ist ja gerade, dass sich jedermann bereits mit wenig Geld an notierten Unternehmen beteiligen kann. Und eine Faktenprüfung belegt sogleich, dass Amazon, Apple, Facebook, Google, Netflix und andere vergleichbare Unternehmen keineswegs von „wenigen Superreichen im Silicon Valley“ besessen werden. Tatsächlich ist die Eigentümerstruktur weit ge-

streut, so wie man es übrigens bei börsennotierten Unternehmen durchaus erwartet. Schauen wir zunächst auf Amazon. Dort liegen die Aktien vor allem bei amerikanischen Fondsgesellschaften (Vanguard, Blackrock, Capital Group, Fidelity, T. Rowe Price, etc.), die ihrerseits viele Millionen Fondsanleger haben.



Laut Bloomberg besitzt der norwegische Staatsfonds ca. 1 Prozent an Amazon. Deutsche Anleger halten ein halbes Prozent an Amazon und schweizerische Anleger ca. 0,8 Prozent.

Nicht ganz anders sieht es bei den anderen genannten amerikanischen Internetunternehmen aus. Jeweils fällt auf, dass deutsche Anleger nur sehr geringe Beteiligungen aufweisen, während die Investoren aus börsenaffinen Ländern - wie Großbritannien und der Schweiz - stärker engagiert sind. Auffälliger Ausreißer ist stets Norges, der staatliche Pensionsfonds des Landes Norwegen. Die Norweger waren und sind auf dem Gebiet langfristiger Zukunftsvorsorge enorm klug und suchen weltweit ihresgleichen.

Insofern entpuppen sich die Nahles-Parteitagsaussagen als billige Propaganda. Der deutschen Politik, die seit Jahrzehnten von der SPD maßgeblich mitgeprägt wird, ist es nicht gelungen, dem Geklammer der Sozialdemokraten über die Erfolge neuer Unternehmen eine positive Alternative der Beteiligung daran entgegenzustellen. Und dieser Befund wird auch nicht dadurch besser, dass sich die CDU unter Frau Merkel ebenfalls nicht für das Thema interessiert. Übrigens ist es kein Zufall, dass die oben genannten

Länder jeweils deutlich höhere Durchschnitts- und Medianwerte beim Geldvermögen als Deutschland aufweisen (Quelle: Allianz Global Wealth Report 2017). Im neuen Bundeshaushaltsentwurf des Finanzministers Scholz sind ca. 87 Milliarden Euro als Rentenzuschuss vorgesehen. Der Anteil der vorgesehenen Sozialausgaben am Haushalt liegt über 50 Prozent. Ob solche Budgetstrukturen langfristig tragfähig und klug sind?

Der SPD fehlt offenbar die Kraft, sich von ihren klassenkämpferischen Tendenzen zu emanzipieren. Versuche einer radikalen Modernisierung unter dem Reformkanzler der Deutschen, Gerhard

Schröder, müssen als gescheitert gelten, denn die SPD hat sich mehrfach öffentlich von den wichtigen Reformen der Agenda 2010 distanziert. Ihr reflexartiger Impuls, anderer Leute Geld aus Gründen der sogenannten sozialen Gerechtigkeit zu konfiszieren, spricht angesichts enorm hoher Abgabenquoten in Deutschland immer weniger Menschen an. Mutatis mutandis gilt dies auch für die CDU.

Ich empfehle der SPD sich an Haut und Haaren zu reformieren und die Frage in den Vordergrund ihres Denkens zu stellen, wie die Bevölkerung durch Teilhabe am weltweiten Wohlstandswachstum beteiligt werden kann. Ein

erster Blick nach Norwegen kann dabei helfen. Übrigens hat Karl Marx, der damalige Säulenheilige der SPD, genau gewusst, dass Wohlstand durch die Beteiligung am Produktivvermögen entsteht. Darum investierte Marx, dem man in Deutschland mittlerweile anlässlich seines 200. Geburtstags wieder Monumente setzt, in Aktien.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns